



Wie können Sie die Inseln und Halligen unterstützen, im Spannungsfeld von Küstenschutz, Naturschutz, Anpassung an den Klimawandel, Regionalplanung und kultureller Identität, einen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten?

Antwort:

Die deutsche Nordseeküste eignet sich in besonderem Maße für den Ausbau der Windkraft, on- und offshore. Zugleich ist uns Grünen aber sehr bewusst, dass wir unsere Verantwortung für den für Mensch und Natur einzigartigen Lebensraum Wattenmeer, der durch Nationalpark und Weltnaturerbe geschützt ist, ernst nehmen müssen. Beim Ausbau der Offshore-Windkraft ist dieser einzigartigen Natur Rechnung zu tragen. Dies bedeutet auch, Schiffsunfällen möglichst vorzubeugen, das Kollisionsrisiko für Vögel zu mindern und Lärm zum Schutz der Meeressäuger zu vermeiden.

Das Wattenmeer unterliegt vielfältigen Nutzungsinteressen, die sich summieren. Ein Beispiel ist die Verkabelung: neben den verschiedenen Offshore-Stromkabeln werden immer wieder auch verschiedenste Kommunikationskabel und Hochspannungsverbindungen gebraucht. Hier müssen die Nationalparke bei der Querung möglichst gemieden und die Kabel bevorzugt in schon gestörten Lebensräumen verlegt werden, z. B. in der Nähe der Schifffahrtswege im Bereich von Ems, Weser oder Elbe. Wo dies nicht möglich ist, müssen die Medien gebündelt und zu gemeinsamen Kabeltrassen zusammengefasst werden.

Wir Grüne sind für eine Beschleunigung des Netzausbaus, damit es gerade im windreichen Norden Deutschlands nicht mehr zu Abregelungen kommen muss. Die öffentliche Akzeptanz des Netzausbaus wird durch die zahlreichen Informationsveranstaltungen der letzten Monate und den BürgerInnenDialog gefördert. Der Netzausbau muss aber auch eindeutig auf die Beförderung der Erneuerbaren Energien abzielen und auf ein notwendiges Minimum beschränkt bleiben. Eine Kappung der Leistungsspitzen, wie von der Branche selbst mit vorgeschlagen, kann hierbei hilfreich sein.

Wir Grünen wollen zudem Modelle der BürgerInnenbeteiligung voranbringen: zum einen bei der finanziellen Beteiligung am Ausbau der Netze, aber auch bei den Bürgerwindparks. Hier sind die Menschen auf den Inseln und Halligen bislang benachteiligt, da Inseln und Halligen auf Grund ihrer besonderen Lage und Schönheit möglichst nicht mit Windkraftanlagen bebaut werden sollen. So muss den BewohnerInnen eine Beteiligung an Bürgerwindparks am Festland ermöglicht werden.



Auch die Elektromobilitätsmodellregion Uthlande ist für uns Grüne ein positives Modell, wie Akzeptanz geschaffen werden kann.

Für Schwarz-Gelb geht Netzausbau immer nur gegen lokalen Widerstand – wir hingegen setzen auf frühzeitige lokale Partizipation im Planungsprozess. Modelle einer „Bürgerdividende“ sind bei Minister Altmaier nur unverbindliche Phrasen - wir aber wollen hier konkret werden.

Wie können Sie dazu beitragen, die CCS Technologie inklusive des Fracking bundesweit und länderübergreifend zu verhindern?

Antwort:

Wir lehnen die CO₂-Abscheidung und -Speicherung (CCS) an fossilen Kraftwerken ab. Das Verhalten von CO₂ im Untergrund und die Gefahren für die Bevölkerung sind vollkommen ungeklärt. Hinzu kommen ungelöste Fragen im Hinblick auf den Transport über weite Strecken und der sicheren und dauerhaften Endlagerung des abgeschiedenen CO₂. CCS behindert tatsächlich den Klimaschutz und die Energiewende. Deshalb haben wir im Bundestag und im Bundesrat daran gearbeitet, dass CCS in Deutschland nicht eingesetzt wird.

Bis zum Jahr 2020 wollen wir den Anteil der Erneuerbaren Energien mindestens verdoppeln und schon möglichst bis 2030 die Stromversorgung Deutschlands auf 100% Erneuerbare Energien umstellen. Bei diesem Grünen Ausbaupfad für Erneuerbare Energien ist überhaupt kein Platz für eine CCS-Technologie, von der man vermutlich überhaupt erst nach 2020 wissen wird, ob sie großtechnisch einsetzbar ist. Abgesehen davon würde der Einsatz der CCS-Technik – vorausgesetzt sie funktionierte – die starre fossile Energieerzeugungsstruktur festigen und damit die Energiewende und den weiteren Ausbau der Erneuerbaren Energien massiv behindern.

Außerdem reduziert die aufwändige CCS-Technik die Wirkungsgrade der ohnehin schon wenig effizienten Kohlekraftwerke auf das Niveau der 1950er Jahre (höchstens 35 Prozent statt 45 Prozent). Die Folge ist ein um ein Drittel erhöhter Kohleverbrauch.

Bündnis 90/Die Grünen sind auch ohne Wenn und Aber gegen Fracking (nicht nur) im Wattenmeer. Die Förderung von unkonventionellem Erdgas trägt ein zu hohes Risiko. Die erwarteten Mengen sind zudem zu gering, um einen dämpfenden Einfluss auf die Preise auszuüben. Gleichzeitig ist eine solche Fördertechnik mit hohen Risiken in Hinblick auf Grundwässer, Abwässer und auch auf das Erdbebenrisiko belastet. Ganz zu schweigen



vom besonderen Schutz und der besonderen Empfindlichkeit des Weltnaturerbes Wattenmeer, das eine weltweit einmalige Fauna und Flora beherbergt, für die wir eine besondere Verantwortung tragen.

Wie können Sie gewährleisten, die Gemeinschaftsaufgabe Küstenschutz auch im Rahmen des Klimawandels sicherzustellen?

Antwort:

Bündnis 90/Die Grünen sind sich der hohen Bedeutung der Gemeinschaftsaufgabe Küstenschutz insbesondere auch unter den Auswirkungen des Klimawandels bewusst. In unseren Vorschlägen zur Debatte des Bundesagrarhaushaltes in den letzten Jahren haben wir deswegen trotz des hohen Drucks zur Konsolidierung eine Fortschreibung des bisherigen Haushaltsansatzes vorgesehen und streben dies auch für die Zukunft an. Wir setzen uns dafür ein, dass die Gemeinschaftsaufgabe künftig um die Aufgabe *Anpassung an Klimafolgen* und insbesondere einen besseren Hochwasserschutz ergänzt wird und dafür auch entsprechende Mittel bereitgestellt werden.

Wichtig ist uns Grünen aber auch, die Mittel so zu vergeben, dass sie neben der Sicherheit der Menschen auch dem Schutz des Wattenmeeres bzw. der Schutzgebiete an der Ostsee dienen.

Entscheidend ist es aus unserer Sicht, dem durch den Klimawandel beschleunigten Anstieg des Meeresspiegels, welcher in der Zukunft die größte Bedrohung für das Weltnaturerbe Wattenmeer sein wird, zu begegnen. Der Meeresspiegelanstieg kann in der flachen Landschaft der Nordseeküste besonders gravierende Auswirkungen für Mensch und Natur haben. Wattflächen und Salzwiesen drohen dauerhaft überflutet zu werden, auch Inseln können in Gefahr geraten. Ein sinnvoller Küstenschutz setzt hier auch auf Anpassung an den Klimawandel, etwa durch Ablagerung von Schlick und Sand, damit das Watt mit dem Meeresspiegel mitwachsen kann. Aus grüner Sicht brauchen wir Klimafolgenforschung zu der Frage, wie eine natürliche Anpassung an den Meeresspiegelanstieg gefördert werden kann. Denn nur so können wir die einmalige Küstenlandschaft an der Nordsee auch langfristig erhalten.



Was unternehmen Sie, damit die nationale Küstensicherheit in naher Zukunft langfristig eingerichtet wird? Wie können Sie uns an den Schnittstellen zu den dänischen Nachbarn unterstützen?

Antwort:

Die Gewährleistung der Sicherheit des Seeverkehrs ist für uns eine wichtige Aufgabe, die zwingend sichergestellt werden muss. Vor allem bei Notfällen sind alle Beteiligten stets aufgefordert, die in Deutschland weit zerstreuten Zuständigkeiten zu bündeln. Diese Aufgabe nimmt das Gemeinsame Havariekommando des Bundes und der Küstenländer wahr. Im Hinblick auf die europäische Kooperation und die Zuweisung von Notliegeplätzen sind die Aufgaben und Kompetenzen der Europäischen Maritimen Sicherheitsagentur (EMSA) dringend zu erweitern.

Mit dem Havariekommando haben wir eine funktionierende Einrichtung, in der Bund und Küstenländer bereits kooperieren. Das Havariekommando erfasst z. B. stets das maritime Lagebild, koordiniert im Falle einer Havarie und beseitigt Schadstoffunfälle und Brände an Nord- und Ostsee. Aber auch hier brauchen wir eine rechtliche Sicherheit durch ein nationales Sicherheitskonzept. Dies würde auch das Havariekommando stärken.

Neue Herausforderungen wie wachsender Schiffsverkehr, Offshore-Windparks und die wachsende Gefahr von Hochwässern benötigen neue Antworten und mehr Kooperation. Um eine weitere Vernetzung und Verzahnung der am Küstenschutz beteiligten Behörden von Bund und Ländern sowie europäischen Partnern sicherzustellen, sind ein *nationales Sicherheitskonzept* und eine *nationale Küstenwache* zielführend. Die Abstimmung mit europäischen Partnern und Institutionen schließt die Schnittstelle zum dänischen Nachbarn ein.

Wie wollen Sie sicherstellen, dass die Anbindung der Inseln und Halligen einem Stand entsprechen, der die Teilhabe an der Daseinsvorsorge und dem gesellschaftlichen Leben in Schleswig-Holstein gewährleistet?

Antwort:

Wir Grüne haben ein umfassendes Konzept zur Daseinsvorsorge in ländlichen Regionen entwickelt. Wir wollen, dass jede Region in Deutschland verkehrlich angemessen angebunden ist. Daher ist unser Ziel die Teilhabe an Mobilität, gleich ob in der Stadt oder auf dem Land. In den vergangenen Jahren hat es für Nordfriesland und die Inseln und



Halligen Rückschritte gegeben, etwa was die Zugsanbindung Dagebüll/Niebüll nach Hamburg angeht, aber auch beispielsweise die Busanbindung von Schlüttsiel.

Die Inseln und Halligen stellen eine ganz besondere Herausforderung dar. Um ein Leben dort zu ermöglichen, aber auch aus wirtschaftlichen und touristischen Gründen, müssen die Angebote des öffentlichen Verkehrs verlässlich sein und verbessert werden. Im föderalen System der Bundesrepublik Deutschland ist das die Aufgabe des Landes Schleswig-Holstein sowie der zuständigen Gemeinden und Landkreise.

Für eine integrierte Fahrgastinformation der verschiedenen Verkehrsträger setzen wir uns schon seit langem ein.

Wie können Sie die Insel- und Halligkommunen bei Ihren Bemühungen unterstützen, die Daseinsvorsorge nachhaltig zu sichern?

Antwort:

Um die nötige soziale und technische Infrastruktur in nicht städtischen Gebieten zu sichern, wollen wir neue, kreative Wege gehen. Im Bereich der Gesundheitsversorgung beispielsweise setzen wir uns für eine bessere Zusammenarbeit der verschiedenen Gesundheitsberufe in regionalen Primärversorgungsteams ein. Eine Schlüsselrolle sollen dabei die Pflegekräfte erhalten, denen wir nach einer entsprechenden Ausbildung größere Bedeutung und Verantwortung übertragen wollen. Die verantwortlichen Pflegekräfte müssen dann allerdings auch rechtlich abgesichert sein und es bedarf der Möglichkeit, diese Leistungen dann in unserem Gesundheitssystem abzurechnen.

Wir wollen flexible Versorgungsformen fördern, nicht nur im medizinischen Bereich mit Fahrdiensten oder mobilen Praxisteams, sondern auch in anderen Gebieten der Nahversorgung wie Einzelhandel, Rathaus oder Banken. Auch der Unterricht der Halligkinder muss nachhaltig so gewährleistet sein, dass ihnen gute Schulabschlüsse möglich sind.

Bündnis 90/Die Grünen wollen ein besseres und leistungsfähigeres Bildungs- und Wissenschaftssystem. Damit der Bund besser dazu beitragen kann, müssen zunächst die verfassungsrechtlichen Blockaden ausgeräumt werden. Wir wollen das Grundgesetz ändern, um das Kooperationsverbot in der Bildung aufzuheben. Der Bund muss die Länder wieder finanziell unterstützen dürfen, z. B. beim Ausbau von Ganztagschulen. Denn noch immer steht nur für ein Viertel aller SchülerInnen ein Ganztagsangebot zur



Verfügung. Vor allem in den Grundschulen wächst die Nachfrage, aber das Angebot wächst nicht mit. Unser Ziel ist es, flächendeckend Ganztagschulen aufzubauen, die barrierefrei sind und in denen alle Kinder auch am Nachmittag miteinander und voneinander lernen, Wissen vertiefen, ihre Kreativität entfalten und Neues entdecken können.

Besonders für die Kleinen ist es uns wichtig, das Prinzip „Kurze Beine, kurze Wege“ zu erhalten und schulische Angebote auch im ländlichen Raum flächendeckend zu sichern. Das kann beispielsweise gelingen, indem Kinder jahrgangsübergreifend und länger gemeinsam lernen.

Hier sind derzeit jedoch die Bundesländer gefordert. Das Land Schleswig-Holstein hat große Finanzierungsprobleme. Die Schulen können nur zu 95% finanziert werden, es fehlen im Land 1000 Stellen, um eine ausreichende Basisversorgung sicherzustellen. Zudem ist die Landesregierung unter schwarz-gelber Führung aus der Übernahme der Kosten für die Schülerbeförderung ausgestiegen. Unter diesen Voraussetzungen ist es leider nicht möglich, z. B. Eltern auf den Inseln und Halligen finanzielle Unterstützung zu gewährleisten, wenn sie ihre Kinder auf weiterführende Schulen auf das Festland bringen müssen.

Wir werden das Land Schleswig-Holstein mit unseren politischen Möglichkeiten dabei unterstützen, Verbesserungen umzusetzen und dabei die besondere Situation der Insel- und HalligbewohnerInnen zu berücksichtigen.

Bei der Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes des Kreises Nordfriesland sind mit Sicherheit Elemente ganz besonders interessant für die Inseln und Halligen. So soll der energieoptimierte und altersgerechte Haus(um)bau voran gebracht werden. Weiterhin setzen sich die Grünen im Kreis Nordfriesland für einen kostenfreien ÖPNV für TouristInnen ein. Dies wird in den kommenden Monaten auch im Kreistag und seinen Gremien thematisiert werden.

Bezahlbarer Wohnraum ist auf den Inseln und Halligen vielfach ein noch größeres Problem als am Festland. Aber Zukunft schaffen kann man nur, wenn es bezahlbares Wohnen für alle gibt. In altem Wohnbestand sind häufig auch die Energiekosten so hoch, dass sie zu einer existentiellen Bedrohung für die Bewohnerinnen und Bewohner werden. Wir Grünen wollen deshalb einen Energiesparfonds auflegen, mit dem wir die energetische Sanierung von Wohnquartieren gezielt vorantreiben, und dabei einkommensschwache Haushalte unterstützen. Unser Ziel ist, mit unseren Maßnahmen Ökologie und bezahlbares Wohnen in Einklang zu bringen.



Auch auf den Inseln und Halligen ist es ein Problem, dass junge Menschen wegziehen und viele Ältere nicht mehr im Familienverbund leben. Wir wollen Menschen unterstützen, die sich neue Wohnformen und andere Formen des Zusammenlebens fürs Alter und unterschiedlicher Generationen wünschen. Es gilt, die nötige soziale und technische Infrastruktur zu fördern, kleine soziale Netze aufzubauen, Eigeninitiative zu unterstützen und die Menschen in die Gestaltung der Wohnquartiere einzubeziehen. Um Mieterinnen und Mieter besser vor Verdrängung zu schützen und zukunftsfähigen, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, müssen alle Ebenen zusammenarbeiten – von der Kommune vor Ort bis zur Bundespolitik.

Teilhabe hängt heute auch vom Zugang zum Internet ab, wie ja auch Teleunterricht und Telemedizin zeigen. Darum fordern wir Grünen die schnelle Anbindung ländlicher Kommunen an moderne Kommunikationstechnologien. Die Grundversorgung wollen wir über das Recht auf einen Breitbandanschluss - also einen Universaldienst - gewährleisten.

Wir Grünen sind der Ansicht, dass gesellschaftliche Veränderungen dann am besten gestaltet werden können, wenn sich die Menschen, die es betrifft, als Fachleute in eigener Sache in die Planungen einbringen. Darum wollen wir neue Beteiligungsformen etablieren, integrierte Förderkonzepte stärken und Regionalbudgets zur bevorzugten Mittelvergabe machen. Nicht zuletzt setzen wir uns für eine bessere finanzielle Ausstattung der Kommunen ein, damit diese die neuen Herausforderungen aktiv angehen können.